



# JuPITER

## JUGEND UND PARLAMENT

EINE PUBLIKATION DES JUGENDPRESSETEAMS

AUSGABE  
**03**  
DIENSTAG  
**25. SEPTEMBER 2001**

### Editorial zur dritten Ausgabe

Hallo blauer Plenarsaalsessel, heute ist nun der große Moment, an dem einer der 400 Jungparlamentarier auf dir Platz nimmt. Ob er dabei gerade sitzt, sich lümmelt oder ständig nervös auf dir hin und her rutscht – da solltest du tolerant sein, blauer Sessel, denn heute in der Plenarsitzung geht es vor allen Dingen um Inhalte. Warte mit den anderen auf die spannenden Abschlussberichte der Arbeitskreise, lausche den Resolutionen und hoffe auf interessante Diskussionsbeiträge. Und zwicke deinem ‚Besitzer‘ in den Allerwertesten, sollte er in den Parteilargon der richtigen Politiker verfallen. Oder wie hatte das Wolfgang Thierse gestern so schön zur Eröffnung ausgedrückt: „Zu lebhaften Diskussionen können auch mal Wortgefechte gehören, aber bitte mit dem Florett des klaren Arguments statt mit der Mistgabel der Beleidigung“. Du erinnerst dich doch, blauer Sessel?

Ein Weilchen wirst du dich auch noch an „Jugend und Parlament 2001“ erinnern, das heute zu Ende geht und seine Teilnehmer wieder in alle Ecken unserer Republik und der angrenzenden Staaten entlässt. Drei Tage lang konnten die Jugendlichen in den Alltag von Bundestagsabgeordneten hineinschnuppern; ganz unterschiedliche Erfahrungen und Eindrücke werden sie mit nach Hause nehmen.

Aber was bleibt nun, fragst du zurecht, blauer Sessel. Ein paar blassblaue Blättchen, die dich des Morgens bedeckten und auf neugierige Teilnehmer warteten. Viele Anregungen und Kritik, die die Verantwortlichen nutzen sollten, um „Jugend und Parlament“ 2003 mehr auf die Wünsche der jungen Leute zuzuschneiden. Und die Hoffnung von uns allen, dass die Ergebnisse von „JuP“ nicht in einer Bundestags-schublade verschwinden, sondern sich in den Köpfen der Abgeordneten einnisten. Und dort ein Bewusstsein wachsen lassen: Jugend hat was zu sagen – Jugend will sich einmischen!

*lb*

### Inhaltsverzeichnis

Bedienungsanleitung Plenardebatte	2
Mampf für'n Zwanni	2
Landesvertretungen	3
Interview mit tschechischen Teilnehmerinnen	3
Wie „JuP“ bisher schmeckt	4
Fraktionen	5
Abgeordnete über „JuP“	6
Was? Wann? Wo? – Organisatorisches	6
Berichte aus den Arbeitskreisen	7–12

### Das Schweigen der Lämmer

Innerhalb von zwei Tagen wurde er hektisch aus dem Boden gestampft, der 16. Arbeitskreis: Thema Terrorismus. Auch im Reichstag sollte Amerika also Spuren hinterlassen.

Außer Spesen nix gewesen. So muss wohl das traurige Fazit des Arbeitskreises 16 lauten. Kläglich an einem falschen Selbstverständnis gescheitert.

Von drei zur Verfügung stehenden Zeitstunden ging die erste allein durch die Selbstpräsentation der vier MdBs Eler, Moosbauer, Strobl und Pflüger verloren. Die eigentliche Katastrophe begann mit Stunde 2. Noch optimistisch empfahl der Moderator „aktiv“ zu diskutieren. Doch kaum war die erste Frage eines Teilnehmers gestellt, verloren sich die Parlamentarier in halbstündigen Ausschweifungen. Sechs weitere JuPler standen (!) währenddessen an den Mikrofonen des SPD-Fraktionssaales und warteten auf ihren Einsatz. Der sollte noch auf sich warten lassen. Die Gunst der Minute genutzt, packten die Teilnehmer gleich mehrere ihrer Anliegen in eine Wortmeldung. Die Folge: Themen wurden durcheinander geschmissen, Antworten wiederholten sich und wirklich interessante Fragen blieben unbedacht. In anderthalb Stunden durften gerade einmal vier von 40 Jugendlichen die Abgeordneten mit ihrem Wissensdurst belästigen, während diese vier wiederum jeweils in zeitlich unbegrenzten Dimensionen ihre Auskünfte zum besten gaben – ob mit oder ohne Zusammenhang. Ein Einwurf eines genervten Teilnehmers, man möge doch bitte die Redezeit der MdBs beschränken, wurde zwar mit Beifall der übrigen Jugendlichen begrüßt, hatte aber auf das Redeverhalten der Politiker keinen Einfluss.

Wie Ausschüsse sollten die Arbeitskreise arbeiten, wurde immer wieder betont. In ihnen findet die eigentliche parlamentarische Arbeit statt, dort werden Nägel mit Köpfen gemacht. Von dieser Bestimmung war im Arbeitskreis 16 nichts zu spüren. Wie auch – die Jugendlichen kamen ja auch gar nicht zu Wort.

Immerhin: Kaum hatten die Abgeordneten das Feld geräumt, retteten die Teilnehmer, was zu retten war und nahmen selbst das Ruder in die Hand – für die letzten 30 Minuten.

Pausenlos redende Abgeordnete bringen motivierte Jugendliche ausgerechnet in dem Gremium, in dem aktives Handeln gefordert war, zum Schweigen. Kann das die Bestimmung von „Jugend und Parlament“ sein?

*bb*

## Bedienungsanleitung Bundestag: Plenardebatte

Zeitknappheit wird die Plenardebatte heute prägen: nicht mehr als **sechs Minuten** bekommen die Berichterstatter aus den Arbeitskreisen, weitere sechs Minuten sind bei jedem Thema für die Debatte vorgesehen.

Die sitzungsleitenden Vizepräsidenten werden die einzelnen Themen aufrufen, dann schildern die **Berichterstatter** vom Rednerpult aus den Ablauf im Arbeitskreis und stellen gegebenenfalls ihre Resolution vor.

Wer an der folgenden **Debatte** teilnehmen möchte, gibt einen der Wortmeldezettel, die an allen Plätzen zu finden sind, vorne bei einem Schriftführer hinter dem Rednerpult ab. Dort wird die Redeliste geführt. Die Diskussionsbeiträge sollen von den Sitzplätzen beziehungsweise den Saalmikrofonen aus gehalten werden.

Wer eine **kurze Zwischenfrage** stellen will, steht an seinem Platz auf und meldet sich. Der Vizepräsident kann dann den Redner fragen, ob er die Unterbrechung zulässt.

Wenn es bei einem Thema eine Resolution gibt, können **Änderungsanträge** dazu gestellt werden. Sie müssen schriftlich bei einem der Schriftführer eingereicht und kurz begründet werden.

Nach der Debatte wird bei den voraussichtlich acht Resolutionen zunächst darüber entschieden, ob gegebenenfalls vorliegende Änderungsanträge eingearbeitet werden sollen. Anschließend wird die ganze Resolution in der dann aktuellen Fassung, also mit den eventuellen Änderungen, zur **Abstimmung** gestellt.

Um 13 Uhr hält der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse das Schlusswort; um 13:15 Uhr muss der Plenarsaal geräumt sein, da der russische Präsident **Vladimir Putin** am Nachmittag im Parlament reden wird. Länger hätte Jugend und Parlament aber ohnehin nicht dauern können, da die Teilnehmer mit langem Reiseweg rechtzeitig nach Hause kommen wollen.

Die **knappe Zeit** für die einzelnen Themen resultiert daraus, dass es in diesem Jahr so viele Arbeitskreise gibt (letztes Jahr waren es nur zehn). Die Erweiterung wurde beschlossen, um die Arbeitskreise kleiner zu halten und so die Chance auf bessere Diskussionen dort zu erhöhen. Dann kam kurzfristig der Arbeitskreis 16 dazu, dem wegen seiner Brisanz heute 30 Minuten eingeräumt wird – dies verkürzt die Debattendauer für die anderen Themen zusätzlich.

sh

## Kurz-Biographien der sitzungsleitenden Vizepräsidenten



**Rudolf Seiters** (CDU) leitet Jugend und Parlament von 9 bis 10 Uhr. Der Jurist und ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes aus Papenburg, Niedersachsen, ist seit dieser Wahlperiode Vizepräsident des Bundestages.

**Antje Vollmer** (Bündnis 90/Die Grünen) hat den Vorsitz bis 11 Uhr. In den Bundestag kam die in Westfalen geborene Pädagogin, evangelische Theologin und ehemalige Fraktionssprecherin über die Landesliste Hessen.



**Petra Bläss** übernimmt die Leitung im Anschluss für eine Stunde. Die frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion studierte an der Humboldt-Universität Berlin, ist Diplomlehrerin und erst 1997 in ihre Partei eingetreten.

**Anke Fuchs** (SPD) nimmt auf dem Präsidentenstuhl bis um 13 Uhr Platz. Die ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit ist gelernte Juristin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages seit 1998.



sh

## Essen für 20,-- DM

- Potsdamer Platz Arkaden (Untergeschoss), für jeden Geschmack das Richtige, von der Ostseescholle bis zur Pasta. Außerdem oben die leckerste Eisdiele Berlins, nicht ganz billig, aber tierisch gut.
- Bahnhof Friedrichstraße Asia Imbiss (lecker) und ein Pizza Hut.
- Für Promi-Fänger: Café Einstein, Unter den Linden.
- Für Pizzafans: Stehpizzeria in der Oranienburger Straße, vom Hackeschen Markt aus gut zu Fuß zu erreichen (billig und super schmackhaft)
- Für alle kulinarischen Genießer: Fastfood-Filialen an (fast) jeder Ecke in Mitte
- Für Auskenner: Ein Falafel am Nollendorfplatz

hf

## Landesvertretungen stellen sich (was) vor

Bevor die Büfets eröffnet werden konnten, gab es in allen Ländervertretungen eine kleine Inforunde. Es wurde durch das Haus oder die Räumlichkeiten geführt, Statistisches und Wissenswertes erwähnt.

Staatssekretäre, wie z.B. Thilo Braune für Mecklenburg-Vorpommern und Referenten, wie z.B. Harald Schmitt für Hessen sowie Abgeordnete übernahmen diese Aufgabe. Sie gaben auch Einblick in das vielfältige Aufgabenspektrum der Ländervertretungen. Diese Aufgaben teilen sich im wesentlichen in drei Arbeitsbereiche auf.

Zum einen haben die Landesvertretungen die Aufgabe, bei der Gesetzgebung des Bundes im Bundesrat mitzuwirken.

Weiterhin versuchen sie, dem Bund die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben für die Länder aufzuzeigen. Damit nehmen sie den Status ein, als „Botschaft“ eines Bundeslandes zu agieren.

Zum dritten betreiben die Ländervertretungen Lobby-Arbeit für ihr Land und nehmen repräsentative Aufgaben wahr.

Nach diesem eher formalen Teil folgte der Gemütlichere. Das Essen wurde aufgeföhren, die Tische bogen sich unter der Last der Speisen und Messer und Gabel waren gewetzt. Reinhauen war jetzt die Devise.

Im Anschluss war Gelegenheit, sich in kleineren Gruppen zu unterhalten und zu diskutieren, wovon auch rege Gebrauch gemacht wurde, bevor der eine oder die andere noch Berlin unsicher gemacht hat.

Und weil wir an dieser Stelle auch gar nicht weiter stören wollen, schleichen wir uns. Pssst.

hf & sz

## Begehrtes Feedback

Gerade noch rechtzeitig vor Redaktionsschluss um 04:00 Uhr erreichte uns ein Leserbrief, den wir natürlich gerne abdrucken!

Von: mirko grau <mirko.grau@jpberlin.de>

Betreff: sauber!

An: jup-pt@web.de

Datum: 25.09.01 03:06

...und ich trinke Jupiter, weil mir mein Mars zu klebrig war.

Ich sehe, ihr habt Spaß

schönen Gruß aus der Spreemetropole Cottbus  
von Mirko

## Tschechische Teilnehmerinnen im Gespräch

Die Studentinnen Katerina Otahalova (24) und Marketa Haskovcova (25) kommen beide aus Prag und äußerten sich in einem Interview zu ihren Eindrücken am ersten Tag bei „Jugend und Parlament“.

*JuPITER: Warum habt ihr euch für die Teilnahme an „Jugend und Parlament“ entschieden?*

Katerina: Ich absolviere zur Zeit in Marburg mein Magisterstudium in Politikwissenschaften, deutscher Sprache und Literaturwissenschaften. Deshalb kommt mir diese Veranstaltung inhaltlich sehr gelegen. Ich möchte schauen, wie so etwas abläuft.

Marketa: Ich studiere Germanistik in Prag und mache gerade ein Auslandssemester in Konstanz. „Jugend und Parlament“ ist eine gute Gelegenheit, um zu erfahren, wie deutsche Jugendliche zur Politik stehen.

*Was für einen Eindruck hattet ihr von der Begrüßung im Plenarsaal?*

Marketa: Es war schon ein einmaliges Gefühl, auf den Plätzen der Abgeordneten zu sitzen. Mich überraschte es, wieviele der deutschen Jugendlichen in einer Partei organisiert sind.

Katerina: Ja, in Tschechien können Jugendliche erst mit 18 Jahren richtiges Parteimitglied werden.

*Und die Talkrunde mit den jungen Abgeordneten?*

Marketa: Wir haben leider weiter hinten gesessen und kaum etwas verstanden. Und damit waren wir sicherlich nicht die einzigen...

Katerina: Ich hatte nicht das Gefühl, dass die Abgeordneten wirklich zugehört haben. In Tschechien ist Politik ein ewiges Thema – ein Kneipenthema. Bei uns ist die Musik in den Kneipen leise, so dass die Leute viel reden, insbesondere über Politik.

*Gibt es in Tschechien ähnliche Beteiligungsprojekte wie „Jugend und Parlament“?*

Katerina: Es finden keine Veranstaltungen zusammen mit der Regierung statt, sondern vielmehr mit Stiftungen. Es werden Simulationsspiele zum Europaparlament oder zur UNO angeboten. Außerdem gibt es sogenannte „debating leagues“, in denen Schüler und Studenten zu bestimmten Themen diskutieren. Die Teilnehmer müssen sich vorher sowohl Pro- als auch Kontra-Argumente erarbeiten, um dann eine der beiden Seiten zu verteidigen. Es ist sehr interessant, weil man gelernte Sachen anwenden kann und in der Lage sein muss, beide Seiten zu vertreten.

cm

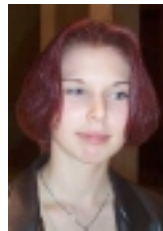
## Wie schmeckts Euch denn so?

Auch am gestrigen Tag ist, wie ihr es dieser Ausgabe entnehmen könnt, wieder eine Menge passiert. Wir vom JuPITER haben uns auf die Beine gemacht und euch die Frage gestellt, wie denn „Jugend und Parlament“ bisher schmeckt. Ob süß oder sauer, salzig oder herb, lest ihr hier.



**Simon Herkenhoener** (19, Euskirchen, NRW): „In den Fraktionen hatte ich die Möglichkeit, gezielt Fragen zu stellen und auch Antworten darauf zu bekommen, da fast immer jemand aus dem jeweiligen Ausschuss anwesend war. Der Rahmen war offizieller und ich denke, dass es deshalb auch ruhiger und gesitteter vorstating.“

**Anja Dittmann** (18, Neubrandenburg, M-V): „Ich fühle mich seitens der Abgeordneten nicht wirklich ernst genommen. Und ich habe den Eindruck, dass hier anscheinend über schon längst entschiedene Dinge, wie z.B. den Vergeltungsschlag der USA, diskutiert wird. Der heutige Tag war angenehmer als der gestrige und die Diskussionen waren konstruktiver.“

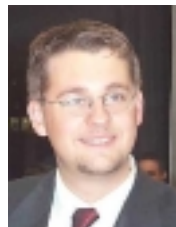


**Martin Binder** (21, Mutterstadt, RLP): „Ich bin überrascht und völlig begeistert vom gedanklichen Austausch unter politisch aktiven Jugendlichen. Gestern bin ich noch auf sehr engstirnige Meinungen einiger Leute gestoßen. Heute aber war das Miteinander ein viel offeneres; und

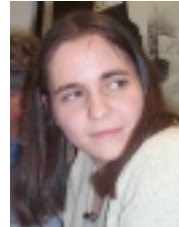
das nicht nur seitens der Teilnehmer. Auch die Politiker haben sich viel offener verhalten.“

**Sebastian Spindler** (20, Freiburg, BW): „Das sogenannte Jugendgästehaus ist ein harter Kontrast zum sonstigen Rahmen der Veranstaltung. „Jugend und Parlament“ ist eine prima Sache und mit jedem Programmpunkt gewinne ich mehr Einblicke in die parlamentarische Arbeit – diese Unterbringung im Kasernenstil erfüllt allerdings keinerlei Standards.“

**Patrick Burghardt** (20, Morfelden-Walldorf, HE): „Ich fand den Tag anstrengend, aber für mich sehr ergiebig. Im Arbeitskreis Terrorismus herrschte eine gute Präsenz von Abgeordneten; nur haben sie an einigen Stellen einfach zu lange geredet. Für morgen erwarte ich eine informative und faire, aber auch hitzige Debatte, aus der wir hoffentlich mit konkreten Ergebnissen gehen.“



**Björn Roth** (21, Lingen, NI): „Ich fühle mich an manchen Stellen in die Rolle eines Abgeordneten versetzt und das ist interessant. Erwartet habe ich eine Alibiveranstaltung; erfahren habe ich das Gegenteil. Für die Nachbereitung wünsche ich mir, dass die morgen gestellten Forderungen bei den Politikern Gehör finden und weitergetragen werden.“



**Britta Siebert** (26, Wolfenbüttel, NI): „Ich hatte schon damit gerechnet, hier hinter die Kulissen schauen zu dürfen. Aber dass ich mal mit Joschka Fischer zusammen im Fahrstuhl stehen würde, hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Das war mein Highlight des Tages.“

Daneben sehe ich für mich die Chance, durch die vielen verschiedenen Anschauungen meinen eigenen Standpunkt noch einmal zu überdenken.“

*hf & sz*

## Vorstellung der Bundestagsfraktionen

### SPD

Welcher Wahlkreis ist der schönste in Deutschland? Die SPD-MdBs gaben in einer Vorstellungsrunde ihr Bestes, um sich und ihre Heimatregion ins rechte Licht zu rücken. Die Stimmung bei Wilhelm Schmidt, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD und Leiter des Treffens, und den Jungparlamentariern war entspannt, es wurde viel geklatscht, viel gelacht. Nach zwanzig Minuten ging es richtig zur Sache.

Erste Fragen auf der Tagesordnung: Wie kann man den internationalen Terrorismus bekämpfen, ohne die Zivilbevölkerung zu treffen? Wie können die Schläfer geschnappt werden? Welchen Einfluß kann die Solidarisierung mit den USA auf die EU- oder Entwicklungspolitik haben? Der erwähnte Wunsch der SPD-Fraktion, „eine Welt frei von Krieg, Terror und Hunger“, blieb in diesem Zusammenhang nicht ohne Fragezeichen: Während bei der SPD diskutiert wurde, ob man mit Krieg Frieden schaffen kann, waren viele der Teilnehmer schon in ganz anderer Mission unterwegs: Thomas: „Wir wollen jetzt mal zum Feind gehen, mal hören, was die so treiben und gegebenenfalls die Verhandlung stören.“

*ech*

### CDU/CSU

Nachdem im Fraktionssaal der CDU/CSU Ruhe eingekehrt war, die 20 Abgeordneten sich vorgestellt hatten, begann eine zum Teil heiße Diskussion über verschiedene Themen der Innen-, Umwelt- und Familienpolitik. Die Fragen gingen von der Einschätzung der Wahlergebnisse in Hamburg (dass die Schill-Partei mit innerer Sicherheit dermaßen punktete, steckte den Schwarzen offensichtlich immer noch in den Knochen), über die Umweltpolitik von Rot/Grün, bis zur Position der Partei zum Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe. Bei letzterem wich die Fraktion, trotz starken Gegenwindes aus Reihen der Diskutanten, keinen Deut von ihrer ablehnenden Haltung ab.

*hf*

### Bündnis 90/Die Grünen

Terrorbekämpfung war das überragende Thema in der Grünen-Fraktion. Christian Simmert, der am Vorabend den Abgeordnetentalk noch wegen Krankheit absagen musste, sah heute wieder ganz frisch aus und moderierte locker die Sitzung. Anders als in der kompletten Fraktion waren die anwesenden Abgeordneten mehrheitlich gegen umfassende Militäreinsätze – genau wie die meisten Jugendlichen im Raum.

Zunächst referierte Winfried Nachtwei etwas farblos die Haltung der Fraktionsmehrheit: „Ohne Zustimmung zum NATO-Bündnisfall wäre die USA in den Alleingang getrieben worden.“ Winfried Hermann warb danach engagiert für seine Position: „Wie will man mit B-52-Bombern, den größten, die es

überhaupt gibt, Terroristen treffen, die in Deutschland und anderen Ländern unauffällig in der Gesellschaft leben?“

Echte Stimmung kam aber im Süd-Ost-Turm des Reichstagsgebäudes kaum auf. Zunächst aufmerksames Zuhören, als die sieben Abgeordneten ein wenig aus dem Nähkästchen plauderten, dann das übliche Kommen und Gehen. Der vergleichsweise kleine Raum und die Zahl der Personen im Raum ermöglichte einen direkten Schlagabtausch – nur selten wurde diese Chance von den Teilnehmern auch genutzt.

*sh*

### FDP

Nicht nur die Teilnehmer, auch die Themen wechselten bei der FDP schneller als man es verfolgen konnte. Von der „Schill-Partei“ zur Sterbehilfe, vom Nationalstolz zu Studiengebühren, von der Sicherheitspolitik zur PDS, von der Globalisierung zum Terrorismus.

Zu Bestzeiten saßen neun MdBs etwa 30 Jugendlichen gegenüber. Je spezieller die Themen wurden (Internationale Märkte), desto spärlicher war allerdings der Fraktionssaal mit diskussionswilligem Publikum besetzt. Und desto ausführlicher antworteten die Parlamentarier auf die Fragen. Gut, dass sich ein Student sogleich beschwerte und bat: „Es wäre doch schön, wenn wir hier etwas öfter zu Wort kämen.“

*bb*

### PDS

Um viertel nach zehn noch voll besetzt, zeigte sich nur zwanzig Minuten später der Fraktionssaal der PDS in noch halber Besetzung. Teilnehmer und Abgeordnete gaben sich die Klinke in die Hand. So vielfältig wie die Gesichter waren auch die Themen, die zur Sprache kamen.

Es wurde über strukturschwache Kreise debattiert und darüber, wie sich die Kommunen gegenseitig beim Standortkampf ausbooten, z.B. um das neue BMW-Werk oder auch das des Airbus. Gewinner sind dabei meistens die Regionen, denen es sowieso besser geht und die somit auch mehr Geld bereitstellen können.

Nach diesem regionalen Thema war das folgende gleich ein globales: Wie will die PDS den Terrorismus bekämpfen? Sicherlich lassen sich die Anschläge auf New York und Washington – sehr vereinfacht gedacht – als Anschläge der Dritten Welt gegen die westliche sehen. Doch woher kamen dann die notwendigen Gelder, um diese Anschläge zu finanzieren? Bin Laden, dieser millionenschwere Mann, käme wohl eher in Frage, einen so ausgefeilten Terrorakt zu ermöglichen. Als dann auch noch der Bibelspruch „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ fiel, welcher aber sofort im nächsten Atemzug damit relativiert wurde, man solle doch vergeben und eine friedliche Lösung anstreben (logischerweise einhellige Meinung), verließ ein Schwung Leute den Raum, um anderen wieder die Klinke in die Hand zu drücken.

*sz*

## Abgeordnete über „JuP“

**Ursula Mogg** (SPD) „Die Argumente, die hier heute gefallen sind, werden im Verteidigungsausschuss schon diskutiert. Nur die Geschlechterfrage, die hier heute erörtert wurde ist noch nicht im Ausschuss diskutiert worden.“



**Cem Özdemir** (B90/Grüne) „Ich hab mich ja schon mehrfach an JuP beteiligt. Es bietet den Jugendlichen die Möglichkeiten, über Parteigrenzen hinweg zu diskutieren und Vorschläge zu erörtern. Ich als Abgeordneter bekomme zudem die Möglichkeit, andere Blickwinkel kennenzulernen. Die Beiträge der Teilnehmer

fließen somit auch automatisch in meine Betrachtungsweisen mit ein.“



**Carsten Hübner** (PDS) „JuP ist wichtig, damit jungen Leuten die parlamentarische Arbeit nahe gebracht wird. Außerdem wird die große Käseglocke Bundestag endlich mal gelüftet und es erklingen gesellschaftliche Töne im Parlament. Ich habe jedenfalls die Hoffnung, dass parlamentarische Prozesse transparenter werden.“

hf & mh

**Dr. Carola Reimann** (SPD) „Ich finde es schon wichtig, dass wir Abgeordneten durch „Jugend und Parlament“ Kontakt zu so vielen verschiedenen Jugendlichen haben. Sonst hat man bei politischen Diskussionen eher mit Interessenvertretungen und Verbänden zu tun. Ich möchte die Ergebnisse aus dem Arbeitskreis „Der geplante Mensch – wozu Gen- und Biotechnologie?“ gerne mit in meine Gremien nehmen – denn erfreulicherweise fand die Diskussion auf sehr hohem Niveau statt.“



lb

## Was? Wann? Wo?

- **Internetcafé**  
Das Internetcafé auf der Besucherebene kann den Teilnehmern von „Jugend und Parlament“ heute leider nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Grund dafür sind die nötigen Vorbereitungen für den Besuch des russischen Staatspräsidenten Vladimir Putin heute nachmittag, im Rahmen derer das Internet-Café abgebaut werden musste.
- **Mittagessen**  
Wegen der individuellen Abreise bekommt jeder Teilnehmer, zusammen mit seiner Fahrtkostenabrechnung, 20 DM ausgezahlt. Wer einen Blick auf unseren kleinen Essens-Guide von Seite zwei wirft, dem seien ein paar Leckereien für diesen Betrag verraten.
- **JuPITER wird weiterschweben**  
Mit dieser Ausgabe haltet ihr nun den letzten JuPITER für das Jahr 2001 in der Hand. Doch niemand muss traurig sein – zum einen könnt ihr alle JuPITER-Ausgaben **im Internet** unter [www.bundestag.de/blickpkt/2001/jugend2001.html](http://www.bundestag.de/blickpkt/2001/jugend2001.html) nachlesen.  
Zum anderen ist die JuPITER-Redaktion noch in zwei weiteren Missionen für Euch unterwegs gewesen: Im nächsten **„Blickpunkt Bundestag“** (das ist das zehnmals jährlich erscheinende Bundestag-Magazin) gibt es als besonderen Leckerbissen ein Interview mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und noch einiges andere über „JuP“ zu lesen. Das Heft bekommen alle Teilnehmer zugeschickt. Außerdem wird es eine **Abschlussbrochure** über die gesamte Veranstaltung geben – erstmalig nicht nur mit dem Protokoll der Plenarsitzung: Es warten zusätzlich viele kleine und große Artikel auf Euch, die dieser Tage in der JuPITER-Redaktion entstanden sind. Auch dieses Heft bekommt ihr so schnell wie möglich zugeschickt.
- **Bitte mailen**  
Über Lob, Kritik und Fragen von Deiner Seite freuen wir uns unter unserer E-Mail-Adresse, die natürlich auch nach dem heutigen Tag aktiv ist: [jup-pt@web.de](mailto:jup-pt@web.de) Also, schreibt uns doch mal!

lb & op

## **AK 1: Inländer, Ausländer, Einwanderer: Integration und Zuwanderung**

Zuwanderung ja, aber nicht unbegrenzt, so die gemeinsame Meinung der Teilnehmer in diesem Arbeitskreis – Differenzen gab es bei der Setzung der Schwerpunkte.

Die Integrationsbereitschaft der lange in Deutschland lebenden Menschen dürfe nicht überstrapaziert werden, sonst führe dies zu steigendem latenten Ausländerhass, so ein Teil der Jungparlamentarier. Und weiter: Die Interessen Deutschlands müssten von den Abgeordneten beim Zuwanderungsgesetz berücksichtigt werden, schließlich seien diese auch gewählt worden, um die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

Von Neonazis dürfe man sich nicht die Politik vorschreiben lassen, so eine andere Gruppe der Teilnehmer. Einwanderung sei nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch eine Bereicherung und eine Hilfe gegenüber den einzelnen Menschen.

Missbrauch von Leistungen sei nicht hinnehmbar und schaffe ein feindliches Klima, so eine Fraktion. Eine Finanzierung nur des Lebensnotwendigen sei nicht integrationsfördernd, so eine andere Meinung.

Entscheidend für Integration sei die Sprache, so die einhellige Meinung. Integration müsse vor allem verwirklicht werden, indem entsprechende Maßnahmen häufiger angeboten werden. Sollte dieses Angebot aber nicht auf ausreichende Nachfrage stoßen, müsse man sich auch über Anreize Gedanken machen, so einige andere Teilnehmer.

Die Probleme sollten vor allem vor Ort gelöst werden, Deutschland könne nicht alles auf sich nehmen, waren sich die meisten einig. Eine Einzelmeinung vertrat Katja Brandt (17) aus Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern: „Die Großmächte haben kein Interesse an Entwicklungshilfe, wir leben auf Kosten der Menschen in den Entwicklungsländern. Die deutschen Gesetze sind rassistisch.“

sh

## **AK 2: Bin ich Deutscher – Bin ich Europäer – oder beides?**

In der Diskussion über ein sich wandelndes Europa haben sich die Mitglieder des zweiten Arbeitskreises gestern Abend auf ein Forderungspapier verständigt. Ziel dieses ist ein stärkeres Zusammenwachsen der europäischen Länder. Im Rahmen der Forderungen sollen die verschiedenen nationalen Bildungssysteme europäisiert werden. Medien und Politiker werden angehalten, europäische Identität zu zeigen und somit mehr Verantwortung zu übernehmen.

Um eine stärkere Demokratisierung des Europaparlaments zu erreichen, sprach sich die Mehrheit des Arbeitskreises dafür aus, dass sich die Minister zukünftig in europäischen Listen aufstellen lassen.

Weiterhin forderten die jungen Abgeordneten eine klarere Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union. Die dadurch

erreichte Transparenz fördere das Interesse aller Bürger am politischen Geschehen Europas.

An der EU-Osterweiterung soll auch in Zukunft festgehalten werden. Dies sei wichtig für eine konsequente Durchsetzung der Menschenrechte, Stabilität in Europa und für die Stärkung der Demokratie.

„Nur durch ein vereintes Europa können Frieden und Freiheit gestärkt werden.“, fasste Klaus Hofbauer (CDU) als Vorsitzender die Äußerungen der Jugendlichen zusammen. Uneinigkeit herrschte über die Art und Weise bei der Angliederung neuer Mitgliedsstaaten: Einige Teilnehmer wollten die sofortige Aufnahme aller Bewerber, da deren Integration sonst immer schwerer würde. Andere forderten zuerst eine besser strukturierte Europäische Union, deren Mitgliedsstaaten geschlossener auftreten.

lb

## **AK 3: Mensch im Überfluss**

### **... oder die Suche nach dem Werbeslogan für die Mitmenschlichkeit**

„Ich würde die Hungernden mal fotografieren und die Bilder auf McDonalds-Fillialen kleben – dann überlegen sich die Leute dreimal, dort essen zu gehen“, schlug eine Jungparlamentarierin zu dem Thema „Schaffung eines Bewußtseins über weltweite Armut“ vor. Auch so könne man alle zum Nachdenken über andere Mitmenschen auf dem Planeten bewegen. Ob gerade Werbung das passende Mittel dazu ist, stand zunächst zur Debatte.

Knapp dreißig Jugendliche und zwei Abgeordnete trafen sich, um über Armut, Flüchtlinge und auch über die Konsum- und Lebensgewohnheiten der Menschen zu diskutieren. Aus den meist sehr besorgt und ernst geführten Gesprächen entstand kurz vor Schluss doch noch eine elfpünktige Resolution, die im Plenum zur Abstimmung vorgelegt wird.

Reinhold Hemker (SPD) und Peter Weiß (CDU/CSU) gaben den Jugendlichen ein gutes Beispiel der Parteiungebundenheit: freundlich und fraktionsübergreifend berichteten sie am Anfang des Treffens über den Stand der Dinge aus ihrer fachlichen Sicht. Über eine Stunde hörten die jungen Teilnehmer fast nur zu, dann aber wurde ihnen der Ball zugeworfen.

Viele Fragen wurden gestellt, viele Anregungen zum Nachdenken geäußert. Was fehlt eigentlich in den Ländern, wo Armut herrscht? Was ist unser Ziel? Soll es allen so gehen wie uns?

„Ich sehe eine große Gefahr darin, dass die Industrienationen den Entwicklungsländern ihren Willen aufdrücken wollen. Sie brauchen von uns eine Unterstützung, eine Krücke, nicht einen Plan. Den müssen sie selber erarbeiten.“, meinte Guido Wenzel, ein 18jähriger Teilnehmer. Die Vorstellung von einer Welt, in der jeder Chinese – so wie beinahe heute bei uns – ein Auto hat, erschreckte die meisten Jugendlichen.

Neben den Lösungsvorschlägen für die Entwicklungsländer sprachen die Teilnehmer auch ihren eigenen Lebensstil an: „Wir müssen lernen,“ so Alexander Sewohl (19) „normal mit Konsumgütern umzugehen,

lernen zu verstehen, dass wir nicht alles haben können. Wir brauchen keine zwanzig Sorten von Joghurt!“ Die Bereitschaft, vom eigenen Lebensstandard zu Gunsten der Ärmeren zurückzutreten, könnten die Industrieländer nach Anne Griese (18) zum Beispiel dadurch zeigen, dass sie aufhören, die Länder der Dritten Welt bewusst auszubeuten. „Wir sollten für ihre Bananen auch gerecht bezahlen!“.

Viele Teilnehmer hätten die lebendige Diskussion gerne fortgeführt – doch die Zeit war zu knapp.

*ech*

#### **AK 4: Rinderwahn, Schweinepest und Gen-Tomaten – macht Essen krank?“**

Ist der bundesdeutsche Verbraucher mündig oder nicht? Diese Frage wurde im Arbeitskreis rege diskutiert. Das Ergebnis: Der Arbeitskreis unterstützt eine Verstärkung der Verbraucheraufklärung. Zudem fordert er höhere, europaweite Standards für die landwirtschaftliche Produktion.

14 Teilnehmer hatten sich unter dem Vorsitz von Jella Teuchner (SPD) und Albert Deß (CDU/CSU) zusammengefunden, um der deutschen Ernährung auf den Zahn zu fühlen. Deß musste sich jedoch früh entschuldigen und wurde von seinem Parteikollegen Max Straubinger vertreten. Die Seite der SPD wurde von Iris Follak verstärkt.

Schnell war man sich darüber einig, dass ein europaweit einheitliches Gütesiegel für ökologische Produkte sehr sinnvoll sei. Auch die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln wurde begrüßt. Die Frage, ob Produkte aus ökologischem Landbau besser als die aus konventioneller Landwirtschaft sind, war dagegen schon mehr umstritten. Vor allem Deß und Straubinger vertraten die These, dass dort kaum Qualitätsunterschiede festgestellt werden konnten. Also entschloss sich der Arbeitskreis seine Forderung nach höheren, europaweiten Standards in der Agrar-Produktion sowohl auf die ökologische, als auch auf die konventionelle Landwirtschaft zu beziehen. So solle beispielsweise die Abgabe von Antibiotika an Nutztiere reglementiert werden. Während die Teilnehmer einhellig befürworteten, kranke Tiere mit Antibiotika weiterhin zu versorgen, blieb ihr vorbeugender Einsatz jedoch umstritten. Bei einer abschließenden Abstimmung über die heiß diskutierte Frage, ob die derzeitige Verbraucheraufklärung ausreiche, fand die Forderung nach ihrer Verstärkung eine Mehrheit.

*sp*

#### **AK 5: Der geplante Mensch – wozu Gen- und Biotechnologie?**

Mit großer Mehrheit verständigte sich der Arbeitskreis fünf am Dienstag Abend auf zwei Grundsatzpositionen zu den jüngsten biomedizinischen Entwicklungen.

Die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen soll zugelassen werden, sofern diese unter strenger parlamentarischer Kontrolle erfolgt. Denkbar sei z.B. eine Auswahl von vier bis fünf Forschungseinrichtungen, die als einzige mit wissenschaftlichen Aufgaben zur Stammzellenforschung beauftragt werden. Die Teilnehmer des Arbeitskreises erhoffen sich durch die Forschung neue Therapiemöglichkeiten von bisher schwer heilbaren Krankheiten wie Alzheimer, Parkinson oder ähnlichen.

Durch die Anwendung der Präimplantationsdiagnostik (PID) sollen Krankheiten wie diese von vornherein ausgeschlossen werden. Hierbei werden die durch künstliche Befruchtung erzeugten Embryonen vor Einpflanzung in die Gebärmutter auf genetische Auffälligkeiten untersucht, die später zu Behinderungen oder tödlichen Krankheiten führen können.

Nahezu alle Jungparlamentarier hielten die Anwendung von PID für vertretbar, wenn die Zulässigkeit auch von Fall zu Fall einzeln entschieden werden soll. Ebenso müsse hier, wie im Fall der Stammzellenforschung, eine klare gesetzliche Regelung getroffen werden, die vor Missbrauch schützt.

Wenige Gegenstimmen führten an, dass die PID mit der menschlichen Würde nicht vereinbar sei. Umstritten sei die Untersuchungstechnik vor allem durch moralische und ethische Probleme, die entstehen, wenn ein Embryo positiv getestet wird. Darf man solche Embryos „entsorgen“? Wo fängt ein genetischer Defekt an und hört der Schönheitsfehler auf? Hier könne es keine allgemein gültige Antwort geben. Zu der Frage, wann menschliches Leben beginne, gab es ebenfalls unterschiedliche Positionen. Mit der Verschmelzung, meinten die einen, nach vierzehn Tagen die anderen.

Themen wie Klonierungstechniken, transgene Tiere u.ä. wurden in der Diskussion nur am Rande erwähnt. Auch die sogenannte „grüne Gentechnik“, in deren Rahmen pflanzliches Erbgut verändert wird, spielte keine übergeordnete Rolle.

*lb*

#### **AK 6: Umweltsch(m)utz kennt keine Grenzen**

Der Arbeitskreis 6 mit Reinhard Loske (B90/Grüne) und Dr. Christian Ruck (CDU/CSU) setzte sich mit den Möglichkeiten für Umwelt- und Naturschutz in der heutigen globalisierten Welt auseinander. Offensichtlich habe das einstige 70er Jahre Schlagwort „Konsumverzicht“ ausgedient. So sprachen sich die Teilnehmer mehrheitlich für Umweltschutz ohne gleichzeitigen Konsumverzicht aus.

Nationales Vorpreschen in Sachen Umweltpolitik, war sich die Runde einig, mache in einem zusammengewachsenen Europa keinen Sinn mehr. Stattdessen



müsse der internationale Zusammenhang gerade in Sachen Umweltschutz noch sehr viel mehr berücksichtigt werden. Bei Naturschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern sollten die westlichen Länder noch mehr die finanzielle Situation dieser im Blick haben. Eine Solaranlage, die mit 1.500 Mark in Europa durchaus finanzierbar ist, bietet keine Lösung für arme afrikanische Länder.

Die von der rot-grünen Regierung verabschiedete Ökosteuer wurde dahin gehend kritisiert, dass die Einnahmen zu sehr gestreut werden und nicht ausschließlich für ökologische Zwecke zur Verfügung stehen.

*mh*

## **AK 7: Wehr- und Zivildienst – eine unerträgliche Pflicht?**

In diesem Arbeitskreis wurde keine Mehrheit für oder gegen die Aufhebung der Wehrpflicht erreicht.

Die MdBs Ursula Mogg (SPD) und Thomas Dörflinger (CDU), der Oberstleutnant Peters sowie 25 Teilnehmer des JuP diskutierten zweieinhalb Stunden lang über die Abschaffung oder die Beibehaltung der Wehrpflicht. Die Befürworter stützten sich auf das Argument der Bürgerpflicht zur Verteidigung des eigenen Landes und dessen Kultur. Auf Seiten der Gegner wurde das Argument der Wehrgerechtigkeit schnell zum Leitsatz. Hierbei beriefen sich die Kontrahenten auf Urteile des Europäischen Gerichtshofes und auf Unterlagen des Verteidigungsministeriums. Da in der Geschichte der Bundeswehr noch nie eine 100prozentige Wehrgerechtigkeit (von einem Jahrgang von Wehrpflichtigen müssen 100% eingezogen werden) erreicht wurde, zog dieses Argument auf Seiten der Befürworter nicht.

Anschließend wurde die Diskussion auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau innerhalb der Bundeswehr gelenkt. Die Tatsache, dass Frauen Dienst an der Waffe verrichten dürfen und Männer müssen, empfand die Mehrzahl der Beteiligten als nicht verfassungskonform.

Auf Grund der sicherheitspolitischen Lage wurde eine zeitweise Aussetzung der Wehrpflicht vorgeschlagen. Die Gegner gaben jedoch zu verstehen, dass eine Aussetzung einer Abschaffung gleichkäme, da eine Wiedereinführung auch als Mobilmachung interpretiert werden könnte.

Die Berufsarmee als Lösung wurde durch eine Hochrechnung der zu erwartenden Kosten egalisiert. Bei der abschliessenden Abstimmung wurde keine Mehrheit für einen der drei Punkte, Abschaffung, Aussetzung oder Beibehaltung der Wehrpflicht, erreicht.

*hf*

## **AK 8: Rauschlust oder suchtkrank? Brauchen wir eine neue Drogenpolitik?**

Eine bundesweit einheitliche Höchstmenge des legalen Cannabisbesitzes von fünf Gramm forderte der Arbeitskreis in der mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution.

Die in den Bundesländern unterschiedliche Definition einer straffreien „geringen Menge“ sei offensichtlich nicht gerechtfertigt. Die uneinheitliche Rechtslage schaffe Unsicherheit bei den Konsumenten. Alkohol sei gefährlicher als Cannabis, so die übereinstimmende Einschätzung. Auch sei eine Erfolgversprechende Therapiebereitschaft der Abhängigen nicht durch repressive Maßnahmen zu erreichen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Problemlösung seien Schule und Elternhaus. Statt auf Dialog und die Vermittlung von Wissen über Drogen werde zu häufig auf Verbote gesetzt, die bei Kindern und Jugendlichen aber zumeist kontraproduktiv seien.

Die Kriminalisierung der Konsumenten und die Art deren Behandlung durch die Polizei sei nicht hinnehmbar, so die meisten der Jungparlamentarier. Thomas Schmidt (21, aus Tossingen, Baden-Württemberg): „Die Betroffenen fühlen sich wie Aussätzige, werden als Verbrecher abgestempelt.“

Der Arbeitskreis war sich weitgehend einig, dass Cannabisprodukte völlig legalisiert werden sollten. Eine abweichende Meinung vertrat Christophe Ramjoie (22) aus Eupen, Belgien: „Ich befürchte, dass Cannabis nur der Anfang sein wird und danach weitere Drogen legalisiert werden. Das fände ich falsch.“

Die Resolution plädiert für eine einheitliche Straffreiheit bis fünf Gramm, obwohl weiter reichende Forderungen von der großen Mehrheit der Teilnehmer befürwortet wurde. Diese seien jedoch kaum umsetzbar, wenn das Ziel der bundeseinheitlichen Regelung nicht aufgegeben werden solle, so die Begründung für die Differenz zwischen vorherrschender Auffassung einerseits und dem Inhalt der Resolution andererseits.

*sh*

## **AK 9: Was sind uns Kinder wert?**

Völlig demokratisch und mit ersten Abstimmungen wurde in dieser Arbeitsgruppe die Thematik angegangen.

Nachdem sich die Abgeordneten Ingrid Fischbach (CDU/CSU) und Marlene Rupprecht (SPD) – welche ihren Kollegen Rolf Stöckels vertrat – vorgestellt hatten, wurde das Wort auch schon wieder an die 30 Teilnehmer des Arbeitskreises übergeben.

Weitere, als die durch das Infomaterial gegebenen Themenbereiche, wurden der Reihe nach gesammelt, erste Rednerlisten erstellt und dann über die Vorgehensweise abgestimmt.

Das Wort war freigegeben und der ersten Wortmeldung folgten unzählige. Vom neuen Rollenbild der

Frau war die Rede. Davon, dass ihr die berufliche Entfaltung trotz Mutterschaft möglich sein sollte. Folge dessen wäre, Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0 bis 3 auszubauen, also diese Aufgabe dem Staate zu übertragen. Oder aber den Mann in den ersten drei Jahren die Erziehungsaufgabe übernehmen zu lassen, was ein neues Rollenbild des Mannes mit in die Diskussion brachte.

Demzufolge läge die Erziehungsaufgabe bei den Eltern und nicht bei dem Staat. Damit aber Eltern dieser Aufgabe nachgehen können, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Familien vor allem nicht finanziell benachteiligen, so die Jungparlamentarier.

Nach Wahl der Berichterstatter wurden konkrete Forderungen, die diese Rahmenbedingungen schaffen sollen, ausformuliert. Wie diese im Einzelnen aussehen, wird heute im Plenum zu hören sein.

SZ

## **AK 10: Zu alt, zu krank, zu schwach – Euthanasie?**

Am Ende spalteten sich die Meinungen doch noch in zwei Lager: Während sich die Mehrheit für Sterbehilfe und damit einer Änderung der deutschen Gesetzesregelungen aussprach, befanden die anderen – ausgehend von christlichen Werten – das Abschalten von lebenserhaltenden Geräten für unverträglich.

Außerdem hielten sie es für fragwürdig, ob ein Mensch überhaupt fähig ist, über seinen eigenen Todeszeitpunkt zu entscheiden. Und wer soll, ja wer kann, darüber entscheiden, ob die Sterbehilfe praktiziert werden darf oder ob dem Patient nicht Lebenszeit genommen wird.

Eine fundierte Diskussionsgrundlage boten die Erläuterungen der holländischen Teilnehmer zur Rechtslage der Sterbehilfe in den Niederlanden. Dort ist es seit 1994 unter bestimmten Bedingungen erlaubt, sowohl passive als auch aktive Sterbehilfe straffrei zu praktizieren. Diese Erfahrungen zogen die befürwortenden Teilnehmer des Arbeitskreises für ein ähnliches Modell hierzulande zu Hilfe. Außerdem führten sie an, dass Sterbehilfe in Deutschland auf Grund der Grauzonen zwischen den Gesetzeszeilen bereits praktiziert werde und durch neue Regelungen für Ärzte ein klarer rechtlicher Rahmen geschaffen werden kann. Dabei sollten die Verbrechen, die unter dem Deckmantel der Euthanasie im Dritten Reich begangen wurden, nicht zu einem statisch konservativen Standpunkt verleiten.

„Es besteht nicht mehr die Frage, wie Sterbehilfe aussehen kann, denn das haben die Niederlande in den vergangenen Jahren erfolgreich gezeigt. In Deutschland geht es nur noch um ein klares „Ja“ oder ein moralisches „Nein“ zur Sterbehilfe“, fasste ein Teilnehmer die Diskussion zusammen.

cm

## **AK 11: Engagement und Ehrenamt: wieso, wozu, womit?**

Erfolg auf der ganzen Linie im elften Arbeitskreis, der sich begeistert mit einem Ausspruch Theodor Heuss' „Demokratie lebt vom Ehrenamt“ identifizierte. Eine gut informierte Teilnehmerschaft erarbeitete unter der geschickten Mithilfe der beiden Bundestagsabgeordneten Marie-Luise Dött (CDU/CSU) als Arbeitskreisvorsitzende und ihres Stellvertreters Wieland Sorge (SPD) eine gemeinsame Rede für die heutige Plenarsitzung.

In vier Arbeitsgruppen wurden Fragen nach Unterschieden bei Engagement und Ehrenamt, nach Motivationen ehrenamtlich Tätiger oder harten und weichen Rahmenbedingungen diskutiert und Ergebnisse festgehalten.

Alle drei weiblichen und 14 männlichen Jugendlichen bezeichneten sich als „ehrenamtlich aktiv“, daher war auch keine Fraktionsbildung zu erkennen. Unterschiede bestanden eher in den bisherigen Erfahrungen aufgrund unterschiedlicher Engagements. In einer kooperativen Atmosphäre ergänzten die Jugendlichen sich bei der Bearbeitung der oben genannten Arbeitsaufträge gegenseitig. Marie-Luise Dött und Wieland Sorge waren sichtlich interessiert an den Schilderungen und Vorschlägen und stellten immer wieder Nachfragen. Ihnen zur Seite stand Stephan Seidel, der als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ die Ausarbeitung zum Thema erstellt hatte und im Arbeitskreis 11 als Sekretär fungierte.

Übereinstimmend waren ebenfalls Schilderungen von unnötigen Erschwernissen bei ehrenamtlichen Aktivitäten trotz des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“, das die Vereinten Nationen für 2001 ausgerufen haben. So wurde beklagt, dass für Veranstaltungen wie Sommerfeste oder Jugendfahrten zu viele Genehmigungen bei unterschiedlichen Behörden eingeholt werden müssten. Folgerichtig forderten die Jugendlichen dann auch eine Beschränkung oder Konzentration der zuständigen Ansprechpartner.

Ebenso wurde beklagt, dass Ehrenamtliche sich selbst um Informationen über Förderungen und andere Unterstützung bemühen müssten. Da man diesen zusätzlichen Aufwand nicht auch noch von den Ehrenamtlichen verlangen könne, sollten die entsprechenden Stellen ihre Angebote aktiver als bisher bekannt geben.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage des Nachwuchses. In einer Art „Generationenvertrag“ würden sich einige Vereine und Verbände ihren eigenen Nachwuchs heranziehen. Andere berichteten hingegen von einem Wandel von Motiven und Erwartungen bei ehrenamtlichem Engagement, der bei ihnen zu Nachwuchsmangel führe.

Alles in allem kamen nicht nur frustrierende Probleme oder Zustände zur Sprache, es wurde auch Zufriedenheit deutlich über die Leistungen von knapp 22 Millionen Freiwilligen in Deutschland. Von Politik und Wirtschaft erhoffen sich die Teilnehmer mehr Unterstützung sowie – eigentlich selbstverständlich – Anerkennung für die geleistete Arbeit.

op

## **AK 12: Religionsstunde, Ethik ... oder gleich zur Eisdielen?**

Will die Schule Glauben oder Wissen vermitteln? Läuft der heutige Religionsunterricht nur einspurig auf den Schienen des Christentums? Oder lässt dieses Fach auch andere Glaubensbekenntnisse zu Wort kommen? Soll die christliche Weltanschauung allen Schülern in Deutschland vermittelt werden? Oder soll es ein „neutrales“ Fach geben, das keiner religiösen Ideologie zugeordnet ist...?

Fragen über Fragen, die sich im Raum 280 in der Mauerstrasse rasch zu lautstarken Diskussionen entwickelten. Auf Grund der stark differenzierten Erfahrungen der einzelnen Teilnehmer ließ sich nur schwer ein gemeinsamer Weg einschlagen. Die eine Seite befand das Christentum als Grundlage für das europäische Wertesystem. Die andere Seite wollte Jugendlichen die Möglichkeit geben, an einem religionsunabhangigen Fach teilnehmen zu können.

Eine umstrittene Vorreiterrolle übernimmt Brandenburg mit dem Pflichtfach „Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde“ (LER). Egal, ob der Name LER, Philosophie oder Ethik lautet – Ziel all dieser Alternativfacher ist es, den Jugendlichen einen umfassenden Einblick in alle Weltreligionen zu geben und deren Inhalte auf einer neutralen Ebene zu vermitteln. Aber kann diesem Anspruch nicht auch das Fach Religion selbst gerecht werden? Oder soll es nur ein Fach für Schüler sein, die bereits von der christlichen Konfession überzeugt sind und sich bewusst für diesen Unterricht entschieden haben?

Schließlich lässt sich der Glaube nicht an einer Bildungsstätte wie das Ein mal Eins erlernen. „Wenn, dann muss man zum Ort des Glaubens hingehen“, gab Julien Chiappone-Lucchesi (20), der Politik und Musik in Aix-en-Provence studiert, zu bedenken. „In Frankreich sind Religion und Staat strikt voneinander getrennt. In der Schule haben wir keinen Religionsunterricht, denn es darf kein Unterschied zwischen den einzelnen Schülern gemacht werden. Woher will man wissen, aus welchen sozialen Schichten die Jugendlichen kommen und ob sie religiös sind?“

Womit sich der Kreis wieder schließt: Will die Schule Glauben oder Wissen vermitteln?

*cm*

## **AK 13: „Ihr da drüben...“ Jugend Ost und Jugend West?**

Mit dem Beschluss einer Resolution zur Vorlage im Plenum des Jugendparlamentes schloss der 13. Arbeitskreis, der sich mit dem Thema „Ihr da drüben – Jugend Ost und West?“ beschäftigte, seine Sitzung. Der Resolutionsentwurf sieht vor, dass die Kultusministerkonferenz gebeten wird, dafür zu sorgen, dass die Qualität der Bildung zum Thema „Ost-West“ steigt. Konkrete Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, sind: Informationsdefizite über die deutsche Teilung abzubauen. Dies soll durch Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer und Ergänzung von Lehrmaterial und Lehrplänen erreicht werden. Der Kontakt zwischen Ost

und West soll weiterhin in geeigneter Weise verstärkt werden. Schließlich soll gezielte politische Bildung der Identifikation junger Menschen mit politisch Extremem entgegenwirken.

Die Beratung zu der Situation, den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Jugend in Ost und West wurden zuerst in Hinblick auf ökonomische Aspekte geführt. Zentrales Thema war die Angleichung der Löhne zwischen Ost und West. So bemerkte Danny Lehmann (22), dass in der Automobilbranche bei der Ausbildungsvergütung in Westdeutschland teilweise das Doppelte des Betrages für die Ostdeutschen gezahlt werde. Von anderer Seite wurde vorgetragen, dass durch unterschiedlich hohe Rentenbeiträge sich dieser Unterschied zwischen Ost und West auch viele Jahre nach Angleichung des Lohnniveaus auswirke. Anschließend wurden die politisch-gesellschaftlichen Aspekte erörtert.

Es wurden sprachliche Unterschiede festgestellt, die jedoch nicht als Problem klassifiziert wurden. Vielmehr ist die Benutzung der Wrter Ossi und Wessi, Ostdeutschland und Westdeutschland nicht für jeden der Teilnehmer des Arbeitskreises einfach gewesen, weil manche mit diesen Bezeichnungen wertende Assoziationen verbinden.

Konsens herrschte, dass in den Schulen im Politik- bzw. Sozialkunde-Unterricht insbesondere die Geschichte der jeweilig anderen Landeshalfte während der deutschen Teilung oft nur unzureichend behandelt werde.

Die Befindlichkeiten zur Europäischen Union wurden kontrovers diskutiert. Walter Daniel (18) vertrat die These, dass die ostdeutschen Jugendlichen die Europäische Einigung kritischer betrachten, als ihre Kollegen aus Westdeutschland, weil sie Parallelen zur Wiedervereinigung zum Beispiel in Hinblick auf steigende Arbeitslosigkeit befürchten.

Die in dem Gremium erarbeitete Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen.

Die Leitung der Sitzung hatte die Abgeordnete Iris Gleicke (SPD) inne, Stellvertretung führte ihr Kollege Arnold Vaatz (CDU/CSU). Außerdem war MdB Simone Viola (SPD) anwesend.

*jb*

## **AK 14: Bundestagswahl 2002**

Der Arbeitskreis „Bundestagswahl 2002“ behandelte Fragen nach der Rolle der Medien in modernen Wahlkämpfen, dem Wählen per Internet („E-Voting“) sowie der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. „Lebhafte Diskussionen, die auf gutem Niveau sehr sachlich stattfanden“, so charakterisiert Christian Prosch, Sprecher des Arbeitskreises, die Zusammenkunft.

Eine wichtige Übereinstimmung konnte mit der Mahnung erzielt werden, so Prosch, dass die Politiker bei aller Inszenierung ihrer Wahlkämpfe nicht die Vermittlung von sachspezifischen Inhalten an die Bürger aus den Augen verlieren dürfen. Besonders die sogenannte „Amerikanisierung“, also die mediengerechte Ausrichtung, der Wahlkämpfe auf allen poli-

tischen Ebenen beunruhigte viele Teilnehmer. Kritisch äußerte sich ein Großteil der Jugendlichen zum Thema des E-Votings. Dabei standen vor allem die Sicherheitsaspekte sowie die Übereinstimmung mit dem Art. 38 des Grundgesetzes (Wahlen) im Vordergrund. Die Resolution die der Arbeitskreis verfasste, lehnt das Wählen per Internet jedenfalls ab. Auch das Thema „Wählen ab 16“ wurde kontrovers diskutiert, wobei man sich auf die aktive Wahl beschränkte. Skeptisch bewertet wurde die These, dass Jugendliche dadurch näher an Politik herangeführt würden. Zudem sprachen einige Jungparlamentarier 16jährigen die Kompetenz zum Wählen ab, nicht zuletzt aufgrund mangelnder Geschäftsfähigkeit. Ein Meinungsbild ergab, dass die Mitglieder des Arbeitskreises die Freigabe des Wahlrechts ab 16 Jahren mit großer Mehrheit ablehnen.

ch

### **AK 15: Verboten, ignorieren, überzeugen: was tun mit der NPD – der braune Schatten der Vergangenheit**

Im Arbeitskreis 15, der das mögliche Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfassungsgericht als Thema hatte, wurde ein klares Votum erzielt: 21 der Jugendlichen stimmten für, drei gegen ein NPD-Verbot. Ein Teilnehmer enthielt sich mit seiner Stimme. Allerdings, so MdB Carsten Hübner (PDS) nach der Diskussion, war die breite Zustimmung nach einer lebhaften Diskussion „mit Magenschmerzen verbunden“. Zum einen war sich das Gros der Teilnehmer darin einig, dass es „dringend an der Zeit ist ein klares Zeichen zu setzen“, so ein Teilnehmer, zum anderen beseitige ein Verbot aber nicht das Problem des Rechtsextremismus.

Mithin könne aber eine Struktur zerschlagen werden, die „besonders im Osten eine Plattform für (rechtsgesinnte, d. Red.) Skinheads bietet“, befürwortete MdB Cem Özdemir, Grüne, das Verbot. Wenn die Verbotsanträge erfolgreich wären, könnte die Zeit, in der sich die dann ehemaligen, NPD-Funktionäre wahrscheinlich neu organisieren wollen, dafür genutzt werden, den Vorsprung, den die NPD gerade im Einfluss auf Jugendliche hat aufzuholen. Darin, waren sich dann große Teile der Diskutanten einig, läge auch der relativ große Erfolg der NPD begründet. Die Partei würde bewusst immer mehr versuchen, ins kulturelle Leben vorzudringen und Bedürfnisse in erster Linie von Jugendlichen bedienen. Das konnten die Teilnehmer des Arbeitskreises mit vielen selbst eingebrachten Beispielen aus ihrem Umfeld bestätigen.

Ein Verbot, so das überwiegende Resümee, reiche nicht aus sei, eine breite, langwierige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus müsse mit dem Verfahren einhergehen. Der Arbeitskreis lebte von einer sehr regen Beteiligung und einem sehr demokratischen Umgang mit unterschiedlichen Meinungen.

mh

### **AK 16: „Internationaler Terrorismus – Gefahr für den Weltfrieden?“**

Es ist eine Zwickmühle. Beide Alternativen sind irgendwie falsch. Ein militärischer Angriff würde eine neue Terrorwelle auslösen; ein stilles Nicht-Handeln käme der Kapitulation und der Akzeptanz der Terroristen-Forderungen gleich.

„Wie soll Deutschland auf die Terroranschläge in New York und Washington reagieren? – Pro und Contra Militäreinsatz“. Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussionen im Arbeitskreis 16. Etwa 40 Jugendlichen, zusammengewürfelt aus allen bisherigen Themengruppen, erklärten Gernot Eler und Christoph Mossbauer von der SPD sowie Thomas Strobl und Dr. Friedbert Pflüger von der CDU/CSU-Fraktion und Ex-Bundesaußenminister Klaus Kinkel, FDP, ihre Perspektive des Amerika-Konflikts.

Hat es höchste Priorität, die USA um jeden Preis zu unterstützen, auch wenn ein Fehlschlag, eine Blamage und „Kollateralschäden“ nicht auszuschließen sind?

Immer wieder bemühten die Teilnehmer das Argument, die Vereinigten Staaten hätten die Deutschen vom Nationalsozialismus befreit. Es gebe keinen vergleichbaren, großherzigen Demokratiestaat wie Amerika. Nur die Kombination aus politischem Dialog und militärischem Einsatz sei effektiv. Eine uneingeschränkte Solidarität stehe also außer Frage, so die eine Seite.

Die Gegenstimmen betrieben Ursachenforschung und suchten nach Alternativlösungen, Europol auszubauen oder die Institutionalisierung eines internationalen Gerichtshofs voran zu treiben. Die Ideologien der Terroristen könne auch durch Gegengewalt nicht vernichtet werden. Es stelle sich die Frage, wie viele Länder bombardiert werden müssten, damit der Terrorismus vollständig ausgelöscht sei. Ein Ausklinken Deutschlands aus gemeinsamen Militäraktionen würde allerdings das Ende der NATO bedeuten, so ein Abgeordneter.

Einig waren sich die Jugendlichen in der Verurteilung der Vorfälle und in ihrer Ablehnung gegenüber solch menschenverachtendem Terrorismus. Ein Resolutionsentwurf scheiterte jedoch mit 14:18 Stimmen.

Egal welcher Fraktion der Terror-Gegner die Jugendlichen auch angehörten, ein Abgeordneter warnte sie alle gleichermaßen: Der Ernstfall sei bereits eingetreten. Allein bis jetzt forderte der Konflikt mehr Zivil-Tote als ganz München im 2. Weltkrieg zu beklagen hatte.

bb